t&m

TECHNOLOGIE & MANAGEMENT

vwi
Verband Deutscher
Wirtschaftsingenieure e.V.

Das Fach- und Karrieremagazin für Wirtschaftsingenieure
und interdisziplinäre Führungskräfte

www.t-und-m.vwi.org

Nr. 6/2010 • 59. Jahrgang

DR. REINHARD BRANDL, MDB:

»Als Wirtschaftsingenieur ist man gut auf die Aufgaben als Abgeordneter vorbereitet.«

KREDITKLEMME

Nagelprobe des Systems steht noch bevor

FRAUEN IM MANAGEMENT

Mischen impossible?

AKZEPTANZMANAGEMENT

Nützliches System oder Investitionsruine?

Zum Titel

Dr. Reinhard Brandl – Wirtschaftsingenieur im Bundestag

Wirtschaftsingenieure findet man in fast allen Bereichen der Wirtschaft. In der Politik sind sie dagegen eher dünn gesät: So haben lediglich zwei der etwa 600 Mitglieder des Deutschen Bundestages Wirtschaftsingenieurwesen studiert. Einer ist Dr. Reinhard Brandl, der im Gespräch mit der t&m einige Fragen zu seiner Person sowie seinen Aufgaben und Zielen als Mandatsträger beantwortetet.

t&m: *Der Beruf des Wirtschaftsingenieurs erfordert einerseits Kreativität und strukturiertes Denken, andererseits wirtschaftlich orientiertes Handeln. Das sind eigentlich wichtige Eigenschaften, die in ihrer Kombination auch ein Mandatsträger mitbringen sollte. Warum gibt es denn so wenig Wirtschaftsingenieure in der Politik?*

Dr. Brandl: Es findet leider insgesamt kaum ein Wechsel zwischen Wirtschaft und Politik statt. Das ist meiner Ansicht nach auch der Grund, warum es nur wenige Wirtschaftsingenieure in der Politik gibt. Dabei passt der Beruf des Abgeordneten eigentlich ganz gut zur Ausbildung des Wirtschaftsingenieurs. Man hat als Abgeordneter ein sehr breites Themenspektrum abzudecken. Ich beschäftige mich diese Woche beispielsweise mit Themen, die vom Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bis hin zu Tempo-30-Zonen in meinem Wahlkreis reichen. Dabei sind vor allem analytisches Denken, schnelles Erkennen von Zusammenhängen und ganz viel interdisziplinäres Arbeiten gefragt. Das lernt man als Wirtschaftsingenieur im Studium, und das kann man als Politiker auch gut gebrauchen.

Welche Bedeutung haben betriebswirtschaftliche Kenntnisse für Sie als Politiker?

Eine sehr große. Man braucht zum Beispiel in der Steuergesetzgebung ein gutes Gespür dafür, wie Anreize für Unternehmen wirken. Darüber hinaus ist der Staat ja in vielen Bereichen selbst unternehmerisch tätig, und es hilft sehr, wenn Politiker zumindest in Grundzügen betriebswirtschaftliche Zusammenhänge verstehen.

Aus meiner Arbeit als Berater habe ich in die Politik mitgenommen, mir immer wieder Größenordnungen rechnerisch plausibel zu machen. Meine Kollegen sind manchmal regelrecht überrascht, wenn ich sage: „Das stimmt oder stimmt nicht – ich habe das eben nachgerechnet."

Was hat Sie eigentlich veranlasst in die Politik zu gehen?

Mein Leben war nicht darauf ausgerichtet, dass ich einmal ein politisches Mandat übernehme. Ich war aber immer schon an politischen Zusammenhängen interessiert und bin seit vielen Jahren auch politisch aktiv. Zunächst bei der Jungen Union Bayern, dann in der CSU. Obwohl ich im Studium und in den ersten Berufsjahren weg von Hause war, habe ich meine tiefe Verwurzelung in der Heimat behalten und war über lokale Themen immer informiert.

Mein Vorgänger als MdB für den Wahlkreis Ingolstadt war Horst Seehofer. Nachdem er Ministerpräsident geworden war, hat sich für mich eine Chance aufgetan, wie man sie vermutlich nur einmal im Leben bekommt.

Wie wird man denn als 31-jähriger als Kandidat für den Bundestag aufgestellt?

Das geht zurück auf das Jahr 2004. Damals wurde von der CSU im nördlichen Oberbayern jemand gesucht, der bereit war, auf einem hinteren Listenplatz für das Europaparlament zu kandidieren. Ich war davor während des Studiums zwei Jahre in Frankreich und konnte so das Thema Europa glaubhaft vermitteln. Es war aber von vornherein klar, dass ich keine Chance hatte, gewählt zu werden. Ich kam auf Platz 27, und Mandate gab es bis Platz 9. Im Rahmen dieses Wahlkampfs habe ich insgesamt 80 Veranstaltungen in der Region Ingolstadt durchgeführt und mir so einen lokalen Bekanntheitsgrad aufgebaut. Als dann die Frage der Nachfolge von Horst Seehofer aufkam, hat man sich an mich erinnert und für den Wahlkreis Ingolstadt nominiert.

Welche fachspezifischen Aufgaben nehmen Sie im Parlament wahr?

Ich bin zum einen im Verteidigungsausschuss, zum anderen bearbeite ich für die CSU-Landesgruppe die IT-Themen. So bin ich z. B. Mitglied in der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft und im Unterausschuss für Neue Medien.

Sie sind Mitglied der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft. Was ist das und was macht die Kommission?

Eine Enquete-Kommission besteht zur Hälfte aus Abgeordneten und zur anderen Hälfte aus Sachverständigen. Aufgabe der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft ist es, die Rolle des Staates in der Informationsgesellschaft zu definieren und grundsätzliche Fragen zu klären, die über eine konkrete Gesetzgebung hinausgehen. Das Ergeb-

nis unser Arbeit wird eine Reihe von Empfehlungen an den Gesetzgeber bzw. für die betreffenden Ausschüsse beinhalten. Das Themenspektrum der Kommission ist sehr breit. Es geht von Medienkompetenz, über Netzneutralität, Datenschutz, E-Government bis hin zu Fragen des Urheberrechts.

Ein wirklich breites Spektrum. Gibt es für Sie ein Spezialgebiet?

Datenschutz ist ein Thema, bei dem ich auch mein technisches Know-how einbringen kann. Ich bin stellvertretender Vorsitzender der Projektgruppe Datenschutz, die sich im Detail mit diesem Thema sowohl im staatlichen als auch im nicht-staatlichen Bereich beschäftigt. In letzterem betrifft es Unternehmen und deren Angebote, wie zum Beispiel die aktuellen Fragestellungen rund um Social Networks. Im staatlichen Bereich geht es vom Zugriff auf Daten zur Verbrechensbekämpfung im Internet bis hin zum Umgang mit Daten in Verwaltungen.

Welche Ergebnisse und Vorschläge erwarten Sie von dieser Kommission?

Auf der einen Seite wird die Enquete-Kommission – wie bereits erwähnt – einen umfangreichen Katalog von Empfehlungen präsentieren. Auf der anderen Seite ist ein Stück weit schon der Weg das Ziel. Die Kommission ist ein gutes Instrument, um mit der Internet-Community bzw. den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Hierfür nutzen wir natürlich die Instrumente des Internets, wie z. B. Foren, Blogs usw. auf www.bundestag.de.

Die primäre Frage der Enquete-Kommission ist: Was kann und soll der Staat im Netz überhaupt regulieren? Meiner Meinung nach soll sich der Staat im Internet eher zurückhalten. Wie ein Schiedsrichter soll er von außen das Spiel beobachten und im besten Fall laufen lassen. Wenn aber rote Linien überschritten werden oder schutzbedürftige Interessen verletzt werden, muss er wirkungsvoll dagegen vorgehen können. An der Stelle hapert es meines Erachtens

Bild: DBT Müller

oft. Darüber diskutieren wir in der Enquete, genauso wie über die Fragen, wo denn die roten Linien liegen und wer alles schutzbedürftige Interessen im Internet hat.

Stichwort „Stuttgart 21": Wo liegt Ihrer Meinung nach das Problem? Ist es in diesem Fall der Politik nicht gelungen, der Bevölkerung den Sinn und die Zielsetzung richtig zu vermitteln?

Bei „Stuttgart 21" geht es ja nur vordergründig um einen Bahnhof. Im Hintergrund steht die Skepsis vieler Menschen gegenüber Großprojekten generell und die Frage, wie der Staat solche Projekte gegenüber der Bevölkerung begründet. Da sind in Stuttgart viele Fehler gemacht worden, aus denen wir lernen müssen. Es ist bei solchen Projekten fatal, wenn der schiefe Eindruck entsteht, dass auf der einen Seite die guten, nachhaltigen Projektgegner stehen und auf der anderen Seite die bösen, gierigen Großkonzerne, die gemeinsam mit den Politikern ein Prestigeprojekt durchdrücken wollen.

Schauen Sie sich doch einmal die Geschichte von „Stuttgart 21" an: 1994 wurde mit den Planungen begonnen. Zig Varianten wurden geprüft. Das Projekt ist mehr als 200 mal im Stadtrat behandelt worden, es gab ein Planfeststellungsverfahren mit über 10.000 Einwendungen – alle wurden abgearbeitet, es gab richterliche Entscheidungen bis hin zum Bundesverwaltungsgericht. Bei Projekten dieser Größenordnung gibt es immer Risiken, die man nicht vorhersehen und unterschiedlich bewerten kann. Aber wenn der Staat nicht die Kraft aufbringt, ein solches Projekt nach 16 Jahren Planungs- und Vorbereitungszeit zu vollenden, dann brauchen wir solch große Infrastrukturprojekte gar nicht mehr anzugehen.

An dieser Stelle wird es für mich eine Frage der Generationengerechtigkeit. Die Generationen meines Großvaters und Urgroßvaters haben in diesem Land eine Infrastruktur mit Straßen, Schienen und einer Energieversorgung aufgebaut, auf deren Grundlage Deutschland nach dem Krieg sein Wirtschaftswachstum hat realisieren können. Darauf gründet sich unser Wohlstand heute. Diese Infrastruktur müssen wir für die nachfolgenden Generationen erhalten und wo nötig auch ausbauen. Und der Bedarf an neuer Infrastruktur ist bei weitem nicht abgeschlossen. Nehmen Sie zum Beispiel die Energieversorgung. Der Umstieg auf erneuerbare Energien bringt mit sich, dass in großem Umfang neue Netze und Energiequellen wie Windräder aufgebaut werden müssen. Das ist vor Ort

nicht einfach, aber für unser Land insgesamt notwendig.

Wir dürfen dabei nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Fortschritt ist für mich, dass Ökologie, Ökonomie und die Belange der betroffenen Bürger in Einklang gebracht werden. Es ist aber ein Rückschritt, wenn in Folge dessen gar nichts mehr geht, wenn alles blockiert wird und wir uns die Fähigkeit nehmen, unser Land weiterzuentwickeln.

Die Skepsis der Bevölkerung begründet sich u. a. damit, dass während der Bauzeit die Kosten sehr oft aus dem Ruder laufen. Z. B. hat der Neubau der Bahnstrecke Ingolstadt-Nürnberg anstatt der ursprünglich geplanten 2,4 Mrd. Euro am Ende mehr als 3,8 Mrd. Euro gekostet. Die Liste solcher Beispiele lässt sich beliebig verlängern. Ist es grundsätzlich nicht möglich, die Kosten solcher Projekte bereits im Vorfeld realistisch zu kalkulieren?

Es ist zweifellos ein Problem, solche Kostensteigerungen im Nachhinein zu erklären. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit der Politik und senkt die Akzeptanz in der Bevölkerung. Mir wäre es lieber, es würden immer von Anfang an die endgültigen Kosten auf dem Tisch liegen.

Bei der Analyse muss dann aber auch klar sein, dass dies langfristige Zukunftsinvestitionen sind, die sich kurz- und mittelfristig nicht unbedingt rechnen.

Um auf ihr Beispiel zurückzukommen. Ich weiß zwar nicht, wie in 100 oder 150 Jahren die Eisenbahn aussehen wird, aber ich bin mir sicher, dass die Tunnel und die Trassen, die jetzt zwischen Ingolstadt und Nürnberg gebaut wurden, von ihr dann immer noch benutzt werden.

Kurz- und mittelfristig brauchen wir in Deutschland schnellere Bahnverbindungen, um vom innerdeutschen Flugverkehr wegzukommen. Die Mobilität wird weiter steigen.

Zudem bringen solche Verbindungen auch Entwicklungsperspektiven für den angrenzenden ländlichen Raum, die sich nicht unmittelbar in den Wirtschaftlichkeitsrechnungen niederschlagen, sich aber gesamtgesellschaftlich rechnen. In der Region Ingolstadt lassen sich jetzt zum Beispiel viele junge Leute nieder, die mit dem ICE nach Nürnberg oder München zu ihrem Arbeitsplatz pendeln. Ohne die gute Bahnanbindung hätten sie dort hinziehen müssen.

Aktuell gibt es eine heftige Diskussion über Mangel an Fachkräften und deren Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern. Was meinen Sie dazu?

Bei dieser Diskussion werden verschiedene Probleme in unzulässiger Weise vermischt. Auf dem Arbeitsmarkt erleben wir im Moment einen Fachkräftemangel und spüren deutlich die Auswirkungen des demografischen Wandels. Trotz dieser – gerade für junge Arbeitssuchende – eigentlich guten Rahmenbedingungen, gelingt es vielen nicht, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Oft weil ihnen einfach die notwendige Ausbildungsreife fehlt. Das betrifft nicht nur, aber überdurchschnittlich oft Menschen mit Migrationshintergrund. Unser wichtigstes Ziel ist, dass wir diese Gruppe in Arbeit bringen und nicht größer werden lassen. Das werden natürlich nicht die gesuchten hochspezialisierten Fachkräfte werden. Diesen Bedarf können Unternehmen heute schon aus dem Ausland decken. Diese Möglichkeit haben sie auch weiterhin. Das sollte man wiederum trennen von der mangelnden Integrationsbereitschaft mancher bereits in Deutschland lebender Bevölkerungsgruppen. Da gibt es sicherlich ungelöste Probleme. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entsteht, hier wird von der Politik etwas schöngeredet. Das ist ein fruchtbarer Boden für Rechtspopulisten. Das müssen wir verhindern.

Was ist Ihrer Ansicht nach das wichtigste Ziel der aktuellen Politik?

Die Konsolidierung unserer Staatsfinanzen. Es ist für mich immer wieder erschreckend, wie gering der Spielraum für Zukunftsinvestionen wie in Infrastruktur, Bildung und Forschung heute schon ist. Durch steigende Zinslasten wird er immer geringer. Ich plädiere dafür, vor allem jetzt in einer Zeit des Aufschwungs, Steuermehreinnahmen konsequent zum Abbau unseres strukturellen Defizits zu nutzen und nicht neue Staatsaufgaben an uns heranzuziehen. Auch das ist für mich eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Dr. Brandl!

Dr. Reinhard Brandl, Dipl.-Wirtschaftsingenieur,

ist seit 2009 direkt gewählter Abgeordneter (CDU/CSU) im Bundeswahlkreis 217 Ingolstadt. Der gebürtige Ingolstädter studierte von 1997 bis 2003 an der Universität Karlsruhe (TH) mit Abschluss als Dipl.-Wirtschaftsingenieur. Von 2001 bis 2003 studierte er am Institut National Polytechnique de Grenoble mit dem Abschluss als Ingénieur en génie industriel, danach als Doktorand bei der BMW AG, München. 2007 Promotion zum Dr. rer. nat. am Lehrstuhl für Internetbasierte Geschäftssysteme, Fakultät für Informatik der TU München. Bis 2009 arbeitete er als Unternehmensberater bei The Boston Consulting Group GmbH, München. Dr. Brandl engagiert sich seit 1993 in der Politik: Zunächst als Mitglied der Jungen Union Bayern, seit 1997 ist er Mitglied der CSU. 2004 Kandidat der CSU für das Europäische Parlament und seit 2009 direkt gewählter Abgeordneter im Bundeswahlkreis 217 Ingolstadt als Nachfolger von Horst Seehofer, heute Ministerpräsident in Bayern.

Dr. Brandl ist unter anderem Mitglied im Verteidigungsausschuss, der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft sowie im Unterausschuss Neue Medien.